



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Nr. 23

15. Juni 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb Bundeshauptvorstand in Kiel

[Öffentlicher Dienst: Personalgewinnung und Digitalisierung im Fokus](#)

dbb Bundeshauptvorstand

[Vereinigung Cockpit wird Mitglied im dbb](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Eilzuständigkeit für Zoll nun auch in Thüringen beschlossen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb Bundeshauptvorstand in Kiel Öffentlicher Dienst: Personalgewinnung und Digitalisierung im Fokus

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther haben für einen starken öffentlichen Dienst geworben.

Zum Auftakt der zweitägigen Sitzung des dbb Bundeshauptvorstands am 13. Juni 2022 in Kiel würdigte Günther die Arbeit der Beschäftigten in der Daseinsvorsorge: „Wir wissen sehr genau, wie leistungsfähig der öffentliche Dienst in den vergangenen Krisenjahren war. Viele haben mitgeholfen, viele haben enormen Druck auszuhalten gehabt und viele sind dabei an ihre Grenzen und sogar darüber hinaus gegangen. Dafür gilt ihnen der ausdrückliche Dank der Landesregierung!“

Deshalb spiele die Attraktivität des öffentlichen Dienstes auch in den aktuellen Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein eine große Rolle, so der Ministerpräsident. Die vielleicht zentrale Herausforderung der nächsten Jahre werde die Personalgewinnung sein. Günther: „Die demografische Entwicklung und der sich zuspitzende Fachkräftemangel werfen eine entscheidende Frage auf: Finden wir überhaupt noch ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die vielen staatlichen Aufgaben erfüllen können? Die Bewerberlage hat sich jedenfalls in allen Bereichen deutlich verschlechtert.“

Dieser Analyse teilte auch dbb Chef Ulrich Silberbach: „Wer einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst will, muss auch eine leistungsfördernde Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen sicherstellen.“ Mit Blick auf aktuell diskutierte Maßnahmen der Landespolitik betonte er jedoch: „Das diskutierte ‚Partnereinkommen‘ für Beamtinnen und Beamte hilft nicht. Auch die Entscheidung, bestimmte Entlastungen und Einkommensbestandteile nur für aktive Beschäftigte vorzusehen, sorgt für berechnete Unzufriedenheit. Für Pensionärinnen und Pensionäre sowie Rentnerinnen und Rentner haben sich die Lebenshaltungskosten genauso erhöht.“

Mit Blick auf die Digitalisierung der Verwaltung betonte Silberbach, dass diese unbedingt flächendeckend umgesetzt werden müsse. So

funktioniere beispielsweise das Onlinezugangsgesetz (OZG) auf der Bundesebene möglicherweise gut, die Kommunen hingegen bräuchten noch viel organisatorische und finanzielle Unterstützung vom Bund und den Bundesländern. Silberbach: „Wenn klar ist, dass es bei der Digitalisierung nicht nur um einen Vorwand für Arbeitsplatzabbau geht, sondern um echte Modernisierung und Bürokratieabbau, dann kämpfen wir hier gerne an Ihrer Seite.“

Am 14. Juni 2022 hat der Bundeshauptvorstand, nach dem alle fünf Jahre stattfindenden dbb Gewerkschaftstag das höchste Beschlussgremium des Dachverbands, zudem neben einer Vielzahl branchen- und berufs-spezifischer Leiteträge insbesondere zwei allgemeinpolitische Leiteträge verabschiedet. Im Antrag „Ein starker öffentlicher Dienst ist das Rückgrat des Staates!“ geht es um die zentrale Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Stabilität der deutschen Gesellschaft, gleichzeitig aber auch um die großen demografischen und technologischen Herausforderungen, vor denen er steht. Der dbb fordert eine aufgabengerechte Personalausstattung, eine nachhaltige Personalgewinnungsstrategie sowie eine wettbewerbsfähige Einkommensentwicklung für den öffentlichen Dienst. Außerdem wird in dem Papier die Beschleunigung der digitalen Transformation als große Chance für die Verwaltungsmodernisierung bezeichnet. Im Leitetrage „Klimawandel“ unterstreicht der dbb, dass der öffentliche Dienst „Vorbild und Schrittgeber“ im Klimaschutz sein kann und muss. Das Ziel der Bundesregierung, die Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral aufzustellen unterstützt der Dachverband. Zudem regt der dbb an, einen gesetzlich verankerten Bund-Länder-Klimarat mit Initiativrechten einzurichten zur Koordination aller klimarelevanten Maßnahmen, damit nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, aber eben auch dort, zielstrebig gemeinsame Standards realisiert werden.

dbb Bundeshauptvorstand Vereinigung Cockpit wird Mitglied im dbb

Der dbb Bundeshauptvorstand hat die Aufnahme der Vereinigung Cockpit (VC) in den gewerkschaftlichen Dachverband beschlossen.

„Mit der Pilotenvereinigung Cockpit können wir ein neues Mitglied in der dbb-Familie begrüßen. Der Verkehrssektor steht wie so viele Branchen vor großen Herausforderungen, nicht nur aufgrund der Folgen des Klimawandels. Diesen Prozess wollen wir als dbb im Sinne unserer Mitglieder auf allen Ebenen gestalten, ob auf Schienen, Straßen, Kanälen oder im Flugverkehr“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Sitzung am 13. Juni 2022 in Kiel.

„Wir freuen uns, dass wir mit dem dbb einen starken Partner gefunden haben“, so VC-Präsident Stefan Herth. „Als große und einflussreiche Interessenvertretung gilt der dbb als konstruktiver Partner in Politik, Verwaltung und Gesellschaft, der die Fachexpertise seiner Mitgliedsverbände nutzt, um die Interessen seiner

Mitglieder optimal zu vertreten. Als VC können wir speziell im Verkehrsbereich viel Expertise einbringen und Interessen bündeln. Ein weiteres Thema, das uns in den vergangenen Jahren stark beschäftigt hat und das wir weiterhin gemeinsam angehen werden, ist das Tarifeinheitengesetz. Es sind genau solche Themen von übergeordneter Bedeutung, in denen wir Kräfte bündeln und durch diese Partnerschaft auch stärker sein können!“

Die Vereinigung Cockpit ist der Berufsverband des Cockpitpersonals in Deutschland. Er vertritt die berufs- und tarifpolitischen Interessen von derzeit rund 9.600 Mitgliedern bei sämtlichen deutschen Airlines und sieht darüber hinaus seine Aufgabe in der Erhöhung der Flugsicherheit in Deutschland.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Eilzuständigkeit für Zoll nun auch in Thüringen beschlossen

Thüringen war bislang das letzte Bundesland, in dem Zollbeamtinnen und -beamte nicht die Eilzuständigkeit für polizeiliche Aufgaben hatten. Diese letzte Lücke im langjährigen bundesweiten Fleckenteppich wurde nun auf Initiative des BDZ geschlossen. Der Thüringer Landtag hat am 10. Juni 2022 eine entsprechende Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes beschlossen.

Die vom BDZ verfolgte Strategie einer schrittweisen Verwirklichung der bundesweiten Eilzuständigkeit hat sich damit als erfolgreich erwiesen. Die Gewerkschaft setzt sich seit Jahren in allen Bundesländern für rechtliche Regelungen zur Eilkompetenz für Vollzugskräfte des Zolls ein.

Zuvor waren die Zöllnerinnen und Zöllner bei der Feststellung einer Straftat, zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr oder auch bei Antreffen eines zur Fahndung ausgeschriebenen

Straftäters darauf angewiesen, die nächste Polizeidienststelle zu informieren und auf das Eintreffen der zuständigen Polizeikräfte zu warten. Sonstiges Handeln war ausschließlich auf der Basis der Jedermannrechte möglich.

Durch die Neuregelung in Thüringen gibt es nun in allen 16 Bundesländern eine einheitliche Rechtslage – und damit Rechtssicherheit für die Zollbeamtinnen und -beamten sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Namen und Nachrichten

Lange haben **dbb** und NahVG für diesen Erfolg gekämpft: Die Entgelttabellen des Haustarifvertrages der Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft (LVG) werden bis Juni 2024 schrittweise an das Niveau des TV N SH, der bei den Stadtwerken Lübeck (SL) gilt, angepasst. In der Verhandlungsrunde am 8. Juni 2022 unterbreiteten die Arbeitgebenden insgesamt 3 Angebote, wovon die ersten beiden jedoch nicht befriedigend waren. Der dbb und die NahVG blieben standhaft und überzeugten mit den besseren Argumenten. Das finale Angebot bewertete die Tarifkommission dann schließlich als sehr gut und nahm es einstimmig an. Die Einigung sieht folgende Entgelterhöhungen vor: ab 1. Juli 2022 plus 3,5 Prozent; ab 1. Juli 2023 plus 2,8 Prozent; ab 1.

Juni 2024 plus 2,3 Prozent. Das Gesamtvolumen der Tabellensteigerung beträgt 8,6 Prozent, was etwa 257 Euro (Durchschnittswert der EG 5, Stufe 3) entspricht. Dieses Ergebnis kann sich sehen lassen und zeigt auch endlich die wohlverdiente Wertschätzung der hervorragenden Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren. Dieser Abschluss war ein enorm wichtiger Schritt, um die noch immer etablierte Zweiklassengesellschaft zwischen LVG und SL perspektivisch und dauerhaft abzuschaffen. Eine Erklärungsfrist läuft bis zum 17. Juni 2022, da auf Seiten des dbb und der Arbeitgebenden noch verschiedene Gremien dem Abschluss zustimmen müssen.

Termine:

27. Juni 2022, Berlin

8. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

„Europarechtliche Einflüsse auf das Beamtenrecht“

Mehr Infos unter <https://www.dbb.de/veranstaltungen/dbb-forum-oeffentlicher-dienst.html>
